

**Bekanntmachung
der Neufassung der Richtlinie der Bundesregierung
über eine Anerkennungsleistung an Verfolgte
für Arbeit in einem Ghetto,
die keine Zwangsarbeit war
(Anerkennungsrichtlinie)**

Vom

2011

Die Anerkennungsrichtlinie vom 20. Juli 2011 (BAnz. S. 2624) wird nachstehend neu gefasst:

§ 1

(1) Verfolgte im Sinne von § 1 des Bundesentschädigungsgesetzes, die sich zwangsweise in einem Ghetto aufgehalten haben, das in einem Gebiet des nationalsozialistischen Einflussbereichs lag, und während dieser Zeit ohne Zwang in einem beschäftigungsähnlichen Verhältnis gearbeitet haben, können eine einmalige Leistung nach dieser Richtlinie erhalten, wenn sie für diese Arbeit keine Leistung aus den Mitteln der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ erhalten haben oder hätten erhalten können.

(2) Die Prüfung anderer Entschädigungsansprüche und der Ansprüche nach dem Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto bleibt von dieser Richtlinie unberührt.

§ 2

Die Leistung nach § 1 besteht aus einer Kapitalzahlung in Höhe von 2 000 Euro.

§ 3

Auf die Leistung nach § 1 besteht kein Rechtsanspruch.

§ 4

(1) Die Leistung nach § 1 wird nur auf Antrag gewährt. Eine Auszahlung an Dritte ist nicht zulässig. Eine Ausnahme hiervon gilt für den überlebenden Ehegatten und die noch lebenden Kinder, wenn der Leistungsberechtigte nach Antragstellung verstorben ist.

(2) Die Leistungsberechtigung ist vom Antragsteller nachzuweisen. Ist dem Antragsteller ein Nachweis nicht möglich, kann die Leistungsberechtigung auch auf geeignete Weise glaubhaft gemacht werden.

(3) Die Leistung kann ganz oder teilweise versagt werden, wenn sich der Antragsteller unlauterer Mittel bedient oder vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben gemacht, veranlasst oder zugelassen hat.

(4) Die Leistung kann ganz oder teilweise nach den §§ 48 bis 49a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) zurückgefordert werden.

§ 5

Die Richtlinie wird vom Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen nach Weisung des Bundesministeriums der Finanzen durchgeführt.

Der Antrag ist an das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen, 53221 Bonn, zu richten.

§ 6

Das Bundesministerium der Finanzen kann ergänzende Vorschriften zu dieser Richtlinie erlassen. Es kann die Durchführung der Richtlinie ganz oder teilweise einer anderen Stelle seines Geschäftsbereichs übertragen.

§ 7

Anträge, die auf Grund von § 1 Absatz 1 Nummer 1 der Richtlinie der Bundesregierung über eine Anerkennungsleistung an Verfolgte für Arbeit in einem Ghetto, die keine Zwangsarbeit war und bisher ohne sozialversicherungsrechtliche Berücksichtigung geblieben ist, vom 1. Oktober 2007 (BAnz. S. 7693) abgelehnt wurden, werden von Amts wegen wieder aufgenommen. Die nach § 1 Absatz 2 der Richtlinie der Bundesregierung über eine Anerkennungsleistung an Verfolgte für Arbeit in einem Ghetto, die keine Zwangsarbeit war und bisher ohne sozialversicherungsrechtliche Berücksichtigung geblieben ist, vom 1. Oktober 2007 (BAnz. S. 7693) zurückgezahlten Leistungen werden an die nach § 4 Absatz 1 berechtigten Personen wieder ausbezahlt.

§ 8

(weggefallen)

§ 9

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 6. Oktober 2007 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Anerkennungsrichtlinie vom 20. Juli 2011 (BAnz. S. 2624) außer Kraft.

Berlin, den

Die Bundeskanzlerin

Der Bundesminister der Finanzen